



KANTONSRATSPROTOKOLL

Sitzung vom 15. März 2021
Kantonsratspräsidentin Fanaj Ylfete

A 505 Anfrage Wyss Josef und Mit. über coronabedingte Veränderung der Arbeitsmodelle und deren Auswirkung auf das zentrale Verwaltungsgebäude am Seetalplatz / Finanzdepartement

Die Anfrage A 505 wurde auf die März-Session hin dringlich eingereicht.
Der Regierungsrat lehnt die dringliche Behandlung ab.
Josef Wyss hält an der Dringlichkeit fest.

Josef Wyss: Die Planungsgrundlagen haben sich mit Corona verändert. Ich bin ein überzeugter Befürworter des zentralen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz, aber die Bedürfnisse haben sich verändert, und wir müssen dies in der Planung antizipieren. Wir bauen momentan in Emmen eine Käserei. Wenn ich jetzt davon Kenntnis hätte, dass der Umsatz des Luzerner Rahmkäses zusammenbrechen wird, dann würde ich die Planung schnell anpassen und nicht warten, bis die Planung abgeschlossen ist. Es ist mir ein Anliegen, dass wir nun über die Bücher gehen und schauen, wie sich die Bedürfnisse betreffend Homeoffice verändern und dann die Planung entsprechend anpassen. Vielleicht hat das die Regierung bereits gemacht, dann kann man diese Anfrage dringlich beantworten, und ich wäre damit zufrieden. Ich danke Ihnen für die Unterstützung der Dringlichkeit.

Meta Lehmann: Ich spreche gleich zur Dringlichkeit allen drei Vorstössen, die das Neubauprojekt am Seetalplatz betreffen, also zu den Anfragen A 505 und A 531 und zum Postulat P 517. Im Juni werden wir in diesem Rat die Baubotschaft zum Neubau am Seetalplatz diskutieren, im Herbst soll die Volksabstimmung sein und 2022 der Baustart. Das ist ein enger Zeitplan. Beispielsweise würde das Postulat P 517 konkrete Abklärungen und Planungen bedingen, und auch die Antworten auf die beiden Anfragen könnten einen Abklärungsbedarf aufzeigen. Konkret in Bezug auf das Postulat zur Photovoltaik (PhV) kann ich Ihnen versichern, dass die Anpassung eines Fassadenkonzeptes und der Fassadengestaltung, der Einbezug des Energiekonzeptes des Gebäudes, die Abklärungen zur Bewilligungsfähigkeit und die Kosten einer grösseren PhV-Anlage an der Fassade auch Profis nicht einfach aus dem Ärmel schütteln können. Wenn wir jetzt dem Regierungsrat den Prüfauftrag geben, dann laufen diese Abklärungen parallel zur parlamentarischen Bearbeitung der Baubotschaft, und die Ergebnisse können zeitnah in den politischen Prozess einbezogen werden. Wenn wir mit der Behandlung jedoch bis im Juni warten, können wir zum Projekt eigentlich nur noch Ja oder Nein sagen. Das Anliegen der PhV-Anlage an der Fassade würde gegenstandslos, weil das Projekt dann zu weit fortgeschritten wäre, um es noch anzupassen. Deshalb müssen wir jetzt über das Postulat betreffend die PhV-Anlage an der Fassade entscheiden können, und ich sehe hier auch eine ausserordentliche politische Dringlichkeit. Die jetzige Planung sieht keine PhV-Module an der Fassade vor, und vor dem Hintergrund der Klimakrise und der dringend notwendigen Massnahmen, die der Kanton ergreifen muss, hat dieses Anliegen deshalb ein übermässiges politisches Gewicht und fordert eine umgehende Stellungnahme von der Regierung. Aus

ähnlichen Überlegungen und aus der Sorge heraus, dass die Anfragen im Juni gegenstandslos würden, weil das Projekt dann zu weit fortgeschritten ist, unterstützt die SP-Fraktion auch die Dringlichkeit der beiden Anfragen A 505 und A 531. Es besteht hier nicht nur eine politische Dringlichkeit, sondern auch eine prozesstechnische. Wenn man die technische Dringlichkeit nicht gelten lässt, riskiert man, dass der Entscheid später zum Politikum wird. Deshalb bitte ich Sie, die Dringlichkeit der drei Vorstösse zu unterstützen.

Irene Keller: Die FDP unterstützt die Ablehnung der Dringlichkeit der beiden Anfragen A 505 und A 531. In der Antwort auf das heute zu behandelnde Postulat P 198 von Jörg Meyer zu einem ähnlichen Thema in Bezug auf das neue Verwaltungsgebäude schreibt der Regierungsrat, dass er am 13. Oktober 2020 die Charta zu Work Smart unterzeichnet hat. Darin werden all diese Themen aufgefangen. Das heisst, dass sich der Regierungsrat der Wichtigkeit dieser Themen bewusst ist und bereits daran arbeitet. Auf die Anfragen A 505 und A 531 sind fundierte, breit gefächerte Antworten nötig. Das zeigt auch die Wichtigkeit dieser Themen. Dies ist aber in so kurzer Zeit nicht möglich. Planungen sind eine eher langfristige Sache. Daher erachten wir es als zielführender, wenn die Antworten spätestens in der Juni-Session vorliegen. Die FDP-Fraktion lehnt die Dringlichkeit der beiden Anfragen ab.

Pius Müller: Ich werde an der Dringlichkeit der Anfrage A 531 festhalten. Aus meiner Sicht ist die Dringlichkeit gegeben, Sie haben es bereits mehrmals gehört. Durch die vielen offenen Fragen und die Corona-Pandemie hat sich die Ausgangslage zum Bau eines kantonalen Verwaltungsgebäudes am Seetalplatz verändert. Die Regierung will den Neubau des Verwaltungsgebäudes im Herbst 2021 dem Stimmvolk vorlegen. Darum müssen das Parlament und später auch das Stimmvolk über die vielen offenen Fragen in den Vorstössen und über eine eventuelle Strategieveränderung Klarheit haben. Die Dringlichkeit der Anfrage A 505 und des Postulats P 517 wird die SVP-Fraktion ebenfalls unterstützen. Ich hoffe auf eine breite Unterstützung der Dringlichkeit.

Fabrizio Misticoni: Auch die G/JG-Fraktion wird der Dringlichkeit aller drei Vorstösse zustimmen im Sinn einer proaktiven, frühen Information, die uns die Basis für weitere Entscheide und Diskussionen gibt.

Für den Regierungsrat spricht Finanzdirektor Reto Wyss.

Reto Wyss: Flexibles Arbeiten ist eigentlich die Grundlage und der Haupttreiber für den Neubau des Verwaltungszentrums am Seetalplatz. Somit sind selbstverständlich die Anliegen bereits grundlegend eingearbeitet, die hier diskutiert werden sollen. Die Botschaft, die Ihrem Rat vor den Sommerferien unterbreitet werden soll, ist eine gute Gelegenheit, um diese Fragen gemeinsam diskutieren zu können, und diese Botschaft steht bereits. Sie ist erarbeitet und geht jetzt den normalen Weg. Ich bitte Sie, die Dringlichkeit abzulehnen. Wir können nicht immer wieder auf Feld eins zurück und grundlegende Fragen diskutieren, sonst realisieren wir solche Projekte nie.

Der Rat lehnt die dringliche Behandlung mit 60 zu 51 Stimmen ab. Die nötige Zweidrittelmehrheit wurde nicht erreicht.